

Dr. Dirk H. Ahrens-Salzsieder
Erster Beigeordneter und
Kämmerer der Stadt Hürth

**Rede anlässlich der Einbringung
des Haushaltsentwurfs 2010
und der mittelfristigen Finanzplanung
im Rahmen der Sitzung
des Rates der Stadt Hürth
am 02.02.2010**

Es gilt das gesprochene Wort !

Sperrfrist: 02.02.2010, 18.30 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren des Rates,

heute wird der Haushaltsentwurf 2010 und die mittelfristige Finanzplanung bis zum Jahr 2013 eingebracht.

„Sehr spät“, „zu spät“, „die Einsparungsvorschläge der Verwaltung hätten früher kommen müssen“, „es ist viel Zeit für die Notwendigkeit der Konsolidierung verloren worden“, all das und noch mehr habe ich von vielen Seiten gehört.

Ich antworte darauf:

„Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit, um ein Haushaltssicherungskonzept und damit einen Nothaushalt zu vermeiden“.

Oder um es mit dem französischen Schriftsteller Denis Diderot (1713 – 1784) zu sagen, die Gefahr ist, „wenn man einen falschen Weg einschlägt, verirrt man sich um so mehr, je schneller man geht.“

Was nützt es, einen Haushaltsentwurf vorzulegen, der von vornherein nicht genehmigungsfähig ist oder der angesichts der Komplexität des neuen Verfahrens nach dem Kommunalen Finanzmanagement (NKF) vor allem mit seinen Wechselwirkungen zu den wirtschaftlichen Betätigungen und Beteiligungen der Stadt bzw. der Stadtwerke und umgekehrt sowie noch vorhandener Deckungslücken zu viele Unsicherheiten enthält.

Die längere Vorbereitungszeit für die Aufstellung des Haushalts hat sich gelohnt. Der Herr Bürgermeister und ich legen Ihnen heute im Einvernehmen einen Haushaltsentwurf und eine mittelfristige Finanzplanung vor, die derzeit noch ein Haushaltssicherungskonzept und damit noch einen Nothaushalt vermeiden.

Das ist aber so ziemlich die einzige positive Botschaft, zumindest aus der finanzwirtschaftlichen Brille eines Kämmerers, die ich Ihnen heute verkünden kann.

In mehreren Sparrunden in der Verwaltung haben wir unsere „Schulaufgaben“ gemacht. Wir zeigen Ihnen mit dem Haushaltsentwurf und weiteren möglichen aber auch erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen, die Sie neben den Haushaltsunterlagen auf Ihren Tischen finden, einen notwendigen und harten Konsolidierungsweg auf. Dieser Weg berücksichtigt die aus unserer Sicht bereits jetzt erkennbaren kurzfristigen lokalen

Risiken, lässt Raum für Prioritäten und soziale Balance und verlangt von Ihnen als Ratsmitglieder auch keine „Vollbremsung“.

Nur müssen Sie diesen Weg jetzt aber auch gemeinsam mit uns gehen. Weglaufen, verstecken, mit den Fingern auf andere zeigen, keine politischen Ziele offen legen wollen, sich Konsolidierungsgesprächen verweigern, die Augen verschließen und sogar noch zusätzliche Ausgaben und Projekte vorschlagen, all das geht jetzt nicht mehr.

Ich bitte Sie inständig, den Weg der Haushaltskonsolidierung mit uns zu gehen, trotz oder gerade wegen der katastrophalen kommunalwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Größte kommunale Finanzkrise seit dem 2. Weltkrieg

Die „größte kommunale Finanzkrise (droht) die kommunale Selbstverwaltung abzuwürgen“, so Dr. Bernd Jürgen Schneider, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW in einer Pressemitteilung am 23.09.2009. Danach melden nur noch 35 der 355 Mitgliedskommunen einen strukturell ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2009. Dies sind weniger als zehn Prozent der kreisangehörigen Kommunen in NRW. „Allein damit wird die katastrophale strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Familie deutlich“, führt Schneider weiter aus. Ein weiteres Indiz für die kommunale Finanzmisere sei der rasante Verzehr des Eigenkapitals. Die Ausgleichsrücklage - der Teil des Eigenkapitals, der in der Eröffnungsbilanz nach dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement zum fiktiven Haushaltsausgleich eingesetzt werden kann, - wird nach der jüngsten Umfrage binnen kürzester Zeit in 232 Mitgliedskommunen des Städte- und Gemeindebundes NRW, das sind fast 2/3, vollständig aufgezehrt sein. Von einem Szenario der Überschuldung, also dem vollständigen Verzehr des Eigenkapitals, gehen bereits bis zum Jahr 2013 elf kreisangehörige Kommunen in NRW aus.

Thomas Kubendorff, Präsident des Landkreistages NRW erklärte am 02.01.2010 im Kölner Stadtanzeiger: „Wenn die Wirtschaft nicht gewaltig anspringt, dann ist die kommunale Ebene am Ende“.

Aber selbst ein größeres Wirtschaftswachstum allein kann den Kommunen in NRW angesichts der Belastung durch über 16 Milliarden € an Kassenkrediten, also sehr kurzfristigen Krediten zur Sicherung des laufenden durch Erträge nicht gedeckten Aufwandes, nicht mehr helfen.

„Klamm, klammer, Kommunen“ betitelt z.B. Friedrike Ott ihren Artikel über die „desaströse Geldnot“ der Kommunen am 19.01.2010 in SPIEGEL ONLINE.

Die kommunale Finanzkrise trifft auch Hürth, allerdings nicht mit solcher Wucht wie andere Kommunen.

Wir haben uns in den letzten Jahren vieles gegönnt, d.h. den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt ein hohes Leistungsniveau geboten. Aber wir haben auch gut gewirtschaftet. Die vorhandenen Reserven, die kamerale Rücklagen aus den vergangenen Jahren mit über 26 Mio. € zu Beginn des Jahres 2009 belegen dies eindrucksvoll.

Wir haben jetzt im neuen NKF-System auch noch ein relativ hohes Eigenkapital, denn wir haben eben kein „Tafelsilber“, keine Aktien, keine Beteiligungen verkauft, wie das einige von Ihnen zusammen mit meinem Vorgänger im Amt noch vor Jahren im Rahmen von Haushaltsberatungen ernsthaft diskutiert haben und wogegen ich mich immer ausgesprochen habe.

Im Gegenteil, wir haben in den letzten Jahren gerade noch rechtzeitig vor der Verschärfung des § 107 der Gemeindeordnung NRW durch die schwarz/gelbe Koalition in Düsseldorf sogar unsere wirtschaftlichen Beteiligungen noch erhöht und profitieren jetzt davon.

Mittlerweile erwirtschaften die Wärmegesellschaft RHEIN-ERFT mbH und sogar die Innovationsgesellschaft Wasserstoff mbH Gewinne, die die Verluste der Stadtwerke vorrangig aus den Bereichen ÖPNV, Straßen und Grün mithelfen zu reduzieren und die damit den städtischen Haushalt entlasten. Eine Anmerkung an dieser Stelle am Rande, nach der Stellungnahme der IHK bei der Gründung der Innovationsgesellschaft Wasserstoff müssten die Stadtwerke jetzt, da ein Gewinn „droht“, sich von dieser Beteiligung trennen. Das werden die Stadtwerke natürlich im Interesse der Stadt, der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, aber auch der örtlichen Wirtschaft nicht tun, auch wenn sie dann Gefahr laufen, von der Wirtschaftsministerin dieses Landes als Krake tituliert zu werden, die sich immer weiter in die Wirtschaft hineinfrisst, so Christa Thoben in der Plenarsitzung des Landtages am 14.09.2005 zum (damaligen, aber heute wohl hoffentlich nicht mehr geltenden) Politikziel „Privat vor Staat“ und zu den kommunalen Unternehmen.

Haushalt 2010 mit Rekorddefizit aber ohne die Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates,

der Haushaltsentwurf 2010 weist trotz hierin bereits eingearbeiteter Einsparungen von rd. 3,0 Mio. € und prognostizierter Mehreinnahmen durch Steuererhöhungen und Parkentgelte in

Höhe von insgesamt rd. 2,3 Mio. € ein Rekorddefizit von rd. 17,6 Mio. € aus.

Auch die Folgejahre sehen mit Defiziten von

16,4 Mio. € im Jahr 2011,
15,1 Mio. € im Jahr 2012 und
14,4 Mio. € im Jahr 2013 nicht viel besser aus.

Bei einem Aufwand von rd. 120 Mio. € heißt das, dass wir jeden 6. € den wir ausgeben, nicht erwirtschaften, also über Kredite finanzieren müssen.

Pro Tag verzehren wir damit etwa 48.220 € unseres Vermögens, des Vermögens der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Pro Stunde verringert sich das Vermögen der Stadt um rd. 2.000 €, während dieser Ratssitzung also um rd. 6.000 €

Aber wir werden dennoch Dank unserer hohen Eigenkapitalquote nicht ins Haushaltssicherungskonzept kommen, noch nicht!

Die fiktive Ausgleichsrücklage wird im Jahr 2010 fast vollständig aufgezehrt sein. Aber wir werden voraussichtlich nicht die „magische“ 5%-Grenze der Abschmelzung des Eigenkapitals „reißen“. Allerdings besteht auch kein weiterer Spielraum mehr, für Mehrausgaben schon gar nicht. Aber selbst für Unvorhergesehenes wie z.B. die Unterschreitung von geplanten Gewerbesteuererinnahmen, geringere Schlüsselzuweisungen, eine Erhöhung der Kreisumlage in den folgenden Jahren, höhere Stromkosten etc. besteht bis zum Ende des Jahres 2013 nur noch „Luft“ in Höhe von insgesamt rd. 450 T€ zur Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzeptes. D.h., sollten sich bis zum Jahre 2013 höhere Belastungen von mehr als 450 T€- insgesamt, nicht jährlich (!) - ergeben, die nicht anderweitig kompensiert werden können, wäre ein Nothaushalt nicht mehr zu vermeiden. Dazu nachher im Zusammenhang mit der Eröffnungsbilanz mehr.

Was mir neben diesen erschreckenden Defiziten fast noch größere Sorge bereitet, sind jedoch die Kassenkredite. Voraussichtlich werden wir bereits in diesem Jahr Kassenkredite zur Liquiditätssicherung aufnehmen müssen. Bis zum Jahr 2013 werden die Kassenkredite eine Summe von rd. 64,6 Mio. € erreichen werden. Damit werden die Kassenkredite die Gesamtsumme der Schulden, die die Stadt Hürth bereits heute hat, mehr als verdoppeln.

Noch einmal zur Erläuterung: mit kurzfristigen Kassenkrediten werden laufende Aufwendungen wie Personalkosten, Stromkosten, Zuschüsse an Vereine, Sitzungsgelder etc. finanziert. Anders ausgedrückt ist das Konsum auf Kredit, ein Leben auf Pump.

Zu den Kassenkrediten hinzu kommen noch die Investitionskredite in Höhe

von 9,4 Mio. € im Jahr 2010,
von 5,3 Mio. € im Jahr 2011,
von 1,6 Mio. € im Jahr 2012 und
von 0,9 Mio. € im Jahr 2013,

insgesamt also 17,2 Mio. €

D.h. also, die Verschuldung wird rapide steigen.

Die Kreditzinsen werden unsere kommunalpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten einschnüren und nahezu tatsächlich abwürgen, der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, Herr Dr. Schneider hat leider Recht.

Die Zinsänderungsrisiken werden uns zusätzlich beuteln.

Gründe für die kommunale Finanzkrise in Hürth

Was sind die Gründe für den Absturz der an sich immer noch wohlhabenden Stadt Hürth fast in den Nothaushalt, denn ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept, in dem das bestehende Defizit in absehbarer Zeit ausgeglichen wird, in dem also die Ausgaben die Einnahmen nicht überschreiten, werden wir mittelfristig gar nicht aufstellen können, ohne praktisch die Stadt vor den Bürgerinnen und Bürgern „abzuschließen“.

Die Gründe für die kommunale Finanzkrise sind vielfältig. Ich habe sie in der Haupt- und Finanzausschusssitzung am 01.12.2009 bereits genannt. Es sind im Wesentlichen:

die **seit Jahrzehnten bestehende Unterfinanzierung der Kommunen in NRW**, die Finanzierungssalden – d.h. die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben – fallen je Einwohner in den NRW-Kommunen seit 30 Jahren schlechter aus, als in den westdeutschen Flächenländern insgesamt. Im Durchschnitt betrug die Differenz beim Finanzierungssaldo pro Einwohner mehr als 50 €. Das wären rd. 2,9 Mio. € insgesamt für Hürth pro Jahr. Diese Unterfinanzierung der Kommunen in NRW erklärt im Übrigen auch, warum mehr als die Hälfte der bundesweit von Kommunen aufgenommenen Kassenkredite auf NRW entfallen;

die Auswirkungen der Wirtschaftskrise,
die Gewerbesteuererinnahmen haben sich in Hürth nach rd. 40 Mio. € im Jahr 2007 abzgl. der Niederschlagungen auf rd. 21,8 Mio. € im Jahr 2009 nahezu halbiert, für 2010 wird optimistisch dennoch mit einer Zahl von rd. 26,3 Mio. € gerechnet, allerdings bereits unter Berücksichtigung der Anhebung des Hebesatzes von 420% auf 440%,

auch die Einnahmen aus dem Anteil an der Einkommenssteuer fallen im Vergleich zum Jahr 2008 voraussichtlich im Jahr 2010 um rd. 2,3 Mio. € geringer aus,
die Schlüsselzuweisungen fallen angesichts der Notlage der Kommunen insgesamt für Hürth geringer aus als ursprünglich geschätzt, zumal die Landesregierung die Ausstattung der steuerlichen Verbundmasse im Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG NW) nicht anteilig erhöht, der Anteil an der Umsatzsteuer hängt ebenfalls von der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung ab und ist in der geplanten Stabilität längst nicht sicher,

ob die Landesregierung zu ihrer Verpflichtung nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes des Landes stehen wird, den Kommunen Überzahlungen aus dem Solidarbeitrag aus Vorjahren zu erstatten, bleibt abzuwarten, dies würde aber auch nur im Jahr 2010 zu einer Einmalzahlung von rd. 1,3 Mio. € führen, diese ist aber auch schon im Haushalt eingeplant,

die Befrachtung der Kommunen durch Bund und Land mit zusätzlichen Aufgaben und Kosten, z. B. wird uns die U3-Betreuung in den nächsten Jahren jährlich 1,2 bis 2 Mio. € zusätzlich kosten, jedes zusätzliche Kind im OGS-Betrieb kostet uns netto, also abzgl. aller Zuschüsse und Beiträge rd. 750 € im Jahr, d.h. bei zusätzlichen 100 Kindern im Ganztagsunterricht, was sicherlich wünschenswert wäre, wären wir mit Zusatzkosten von 75.000 € / Jahr bereits nah am Nothaushalt, die Erhöhung des Kindergeldes durch den Bund kostet uns beim Unterhaltsvorschuss rd. 40 T€ im Jahr; diese Liste ließe sich weiter verlängern, das Konnexitätsprinzip der Landesverfassung greift offenbar noch nicht, wir versuchen das jetzt in einem Falle gerichtlich klären zu lassen,

keine Entlastung durch die Umlageverbände, so bedeutet keine Erhöhung der Kreisumlage eben keine Entlastung für uns, wie uns der Landrat und die CDU-Kreistagsfraktion glauben machen will, sondern eine andauernde Belastung mit ungedeckten Wechseln auf die Zukunft,

die Systemumstellung von der Kameralistik auf das NKF bedeutet dauernde Belastungen für den Haushalt, in meiner Haushaltsrede am 14.01.2009 hatte ich diese Belastungen bereits mit rd. 15,9 Mio. € a beziffert, dauerhaft bleiben hiervon mind. 12 Mio € bestehen, davon entfallen rd. 5,3 Mio. € allein auf Abschreibungen,

die Steigerung der Personalkosten durch höhere Tarifabschlüsse als in der Vergangenheit,

der eher hausgemachte oder zumindest selbst zu verantwortende Bevölkerungszuwachs und der ständige Ausbau von Leistungen und Standards bedeutet ein Mehr an Kosten für die technische und soziale Infrastruktur.

Dies waren nur einige wenige wesentliche Gründe.

Perspektiven und Strategien

Es stellt sich jetzt die Frage nach den Perspektiven und Strategien.

Die Perspektiven werden vor allem durch bereits absehbare Steuerausfälle für die Kommunen auf Grund der Steuersenkungsbeschlüsse der Bundesregierung auf Pump geprägt, die bedeuten nämlich mindestens 1,1 Mrd. € für 2010 und ab 2011 mindestens 6 Mrd. € a Einnahmeausfälle für die Kommunen.

Der Bund wird im Jahr 2010 rd. 100 Mrd. € neue Schulden machen, der Schuldenberg klettert dann auf rd. 1,7 Billionen €, auch weil Steuersenkungen über Schulden finanziert werden.

Das hat schon einmal jemand beklagt:

„Die Lebhaftigkeit des Handels, das Durchrauschen des Papiergeldes, das Anschwellen der Schulden, um Schulden zu bezahlen, das alles sind die ungeheuren Elemente, auf die gegenwärtig ein junger Mann gesetzt ist.“
(Goethe 1829 in den Wanderjahren)

Eine Änderung dieser beklagten Verhältnisse trat dann durch soziale und wirtschaftliche Umbrüche ein, bedingt durch Kriege und Revolutionen. Darauf sollten wir aber weder spekulieren noch hinarbeiten.

Aber an der derzeitigen Bundesregierung werden wir uns eben auch kein Beispiel nehmen können.

Auch mit einem Rettungsschirm für die Kommunen, so vom Fachverband der Kämmerer in NRW in seiner Bergheimer Erklärung 2009 gefordert, werden wir wohl nicht rechnen können. Die Landesregierung NRW sieht in völliger Verkennung der Situation nach Erklärungen des Finanzministers die kommunale Finanzkrise als von den Kommunen vor allem selbst verschuldet, also hausgemacht.

Auch wird man uns wohl nicht die Möglichkeit zur Gründung einer „bad-Stadt“ geben, wobei ich auch nicht weiß, wie das ohne Bürgschaften von Bund und Land funktionieren sollte. Die Banken haben es da anscheinend einfacher.

Aber so weiter machen wie bisher geht bei uns auch nicht.

Dann laufen wir in eine Schuldenfalle, aus der wir nicht mehr herauskommen. Mit Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit hat das dann nichts mehr zu tun.

Wir können nur eine Finanzreform einfordern, die für eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen als Basis der im Grundgesetz garantierten Selbstverwaltungshoheit sorgt und darauf hoffen, dass sie die Kommunen aus ihrer ärgsten Not befreit. Eine solche Finanzreform, die die Lasten und Einnahmen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden neu verteilt, ist in jedem Fall notwendiger zum Überleben dieses Landes insgesamt, als das

Mysterienspiel einer Steuerreform, die die Reichen entlasten soll, die aber selbst die sog. Reichen gar nicht haben wollen, glaubt man neuesten Umfragen, weil sie Angst haben, dass sich der Staat damit ruiniert.

Und für unseren Haushalt in Hürth kann die Devise nur lauten:

massiver Sparkurs und Ausschöpfung aller Einnahmemöglichkeiten.

In den Haushalt sind bereits Einsparungen in Höhe von rd. 3,0 Mio. € eingeplant.

Davon tragen die Stadtwerke bereits mit rd. 1,6 Mio. € mehr als die Hälfte.

Hierin enthalten sind die Reduzierung der Straßenunterhaltung mit rd. 190 T€, die Reduzierung der Grünflächenpflege mit rd. 135 T€, die Reduzierung des Taktes des Stadtbusses auf 20 Minuten mit rd. 200 T€, der Abbau der Hundekottütenständer mit rd. 8 T€, die Reduzierung des Personals mit rd. 140 T€. Weitere Einsparungen sollen bei den Stadtwerken durch Kostenreduzierungen bei den Bewirtschaftungskosten sowie die Verlängerung der Abschreibungszeiträume für die Straßen erzielt werden.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung sind rd. 100 T€ an Einsparungen angesetzt.

Im Bürgerhaus können Einsparungen im Jahr 2010 in Höhe von rd. 55 T€ erzielt werden.

Durch Reduzierung insbesondere von Zuschüssen und Leistungen für Vereine bei der Kulturförderung werden Einsparungen in Höhe von rd. 78 T€ erreicht.

Bei der Musikschule wird das Defizit um rd. 62 T€ reduziert, in der Stadtbücherei um rd. 13 T€.

Im Sportbereich werden die Zuschüsse an Vereine für die Jugendförderung um rd. 35 T€ gekürzt, die Baukostenzuschüsse gestrichen, der Sportplatz in Kalscheuren zur Disposition gestellt und der Pflegestandard für die Sportstätten reduziert, Einsparung rd. 195 T€.

Die offene Ganztagschule wird auf ihrem jetzigen Niveau eingefroren.

Die Zahl der Spielplätze wird reduziert.

Den Einsparungen gegenüber stehen allerdings Mehraufwendungen, z. T. in erheblichem Umfang.

So steigen die Personalkosten bedingt durch Tarifierhöhungen, Dienstalterssteigerungen, durch zusätzliche Kindergartenbetreuung und Neueinstellungen bei der Feuerwehr sowie durch Ausweisung der

Personalkosten des ehem. Eigenbetriebes BSH jetzt im städtischen Haushalt um rd. 1,4 Mio. €

Auch im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe steigt der Zuschussbedarf um rd. 1,1 Mio €

Nicht vergessen werden dürfen höhere Zinsbelastungen mit rd. 0,8 Mio. € ab diesem Jahr, insbesondere bedingt durch höhere Investitionskredite und erstmalig auch planmäßige Kassenkredite.

Auch der Gebührenhaushalt Friedhofswesen benötigt einen höheren Zuschuss von rd. 0,4 Mio. €

Der Haushalt berücksichtigt auch bereits Einnahmeerhöhungen

durch:

Erhöhung des Hebesatzes bei der Gewerbesteuer von 420 % auf 440%:
rd. 960 T€

Erhöhung des Hebesatzes bei der Grundsteuer A von 170% auf 228 %:
rd. 16 T€

Erhöhung des Hebesatzes bei der Grundsteuer B von 381% auf 420 %:
rd. 860 T€

Erhebung von Parkentgelten ab 01.07.2010: rd. 500 T€

kostendeckende Gebühren für Erwachsene in der Musikschule: rd. 76 T€

Erhöhung der Eintrittspreise für das Schwimmbad und Veränderung der Öffnungszeiten: insgesamt rd. 140 T€

Diese Erhöhungen treffen in erster Linie wiederum die, die durch die Politik der Bundesregierung entlastet werden sollen, aber auch die Normal- und Wenigverdiener, wenn man ehrlich ist. Insofern wird es wichtig sein, eine soziale Balance sicherzustellen, soweit uns dies finanziell möglich ist.

Diese Einsparungen und Maßnahmen zu Einnahmeerhöhungen können aber erst der Anfang der erforderlichen Konsolidierung sein, um weiterhin in Hürth für die Bürgerinnen und Bürger handlungsfähig zu bleiben.

So werden z.B. die Stadtwerke die in der mittelfristigen Finanzplanung dargestellte Fortschreibung der Verluste in Höhe von 6,8 Mio. € nur dann nicht überschreiten, wenn weitere Sparmaßnahmen ergriffen werden, z.B. die weitere Reduzierung des Stadtbusses. Wenn das politisch nicht durchsetzbar sein sollte, bin ich auf Ihre Vorschläge zur Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzeptes gespannt.

Der Weg der Haushaltskonsolidierung wird hart und steinig. Die Ihnen vorliegende Liste weiterer Konsolidierungsmaßnahmen zeigt das. Wir haben in unserer Verantwortung für die jetzt Lebenden und die nachfolgenden Generationen allerdings keine Alternative.

Schon Konfuzius (551-479 v. Chr.) wusste:

„Das Rechte erkennen und nicht tun, ist ein Mangel an Mut.“

Ansonsten, spätestens wenn das Eigenkapital aufgebraucht ist, werden wir erkennen, dass wir nicht mutig genug waren und unserer Verantwortung nicht gerecht geworden sind.

Eröffnungsbilanz mit hohem Eigenkapital

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates,

der Haushalt und die mittelfristige Finanzplanung sind auch im Kontext der Eröffnungsbilanz für die Stadt zu sehen.

Die Eröffnungsbilanz wird den Rat in seiner Sitzung im März diesen Jahres offiziell beschäftigen. Im vorgelegten Haushalt finden Sie daher auf Seite 50 zunächst eher nur rudimentäre Angaben, die noch „fein“ getuned werden müssen, die allerdings bereits aussagekräftig genug sind, um beurteilen zu können, dass wir nach den derzeitigen Planungen Dank unseres hohen Eigenkapitals nicht in die Haushaltssicherung kommen.

Dem Eigenkapital von rd. 358 Mio. € der Stadt Hürth stehen Verbindlichkeiten in Höhe von rd. 58 Mio. € gegenüber. D. h. 1 € Schulden stehen etwa 6 € Vermögen gegenüber. Das ist erst einmal eine gute Ausgangslage.

Diese Ausgangslage hat sich gegenüber dem Entwurf der Eröffnungsbilanz, die ich Ihnen im Rahmen des Haushalts 2009 vor etwa 1 Jahr vorgelegt habe, zumindest rechnerisch erheblich verbessert. Die Ausgleichsrücklage musste zwar geringfügig nach unten korrigiert werden, aber das Eigenkapital ist von rd. 273 Mio. € um rd. 55 Mio. € auf rd. 328 Mio. € gestiegen.

Der Grund hierfür liegt vor allem in der Neubewertung des Straßennetzes im Eigentum der Stadtwerke nach NKF-Kriterien. Diese Neubewertung wurde erforderlich, um weitere Auseinandersetzungen mit der Gemeindeprüfungsanstalt zu vermeiden. Denn diese wird auf einer Bewertung des Straßennetzes nach NKF-Kriterien bestehen, wie dies in allen anderen Kommunen in NRW erfolgt.

Für diese Neubewertung waren umfangreiche und zeitaufwendige Arbeiten erforderlich. Alle Straßen mussten befahren und aufgenommen, zwischen den Knotenpunkten nach Schadensklassen sortiert und entsprechend ihrem jeweiligen Aufbau bewertet werden.

Letztendlich führt das höhere Eigenkapital jetzt dazu, dass sich auch die magische 5%-Grenze, bis zu der das Eigenkapital jährlich abgeschmolzen werden kann, ohne damit die Notwendigkeit der Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes auszulösen von rd. 13,6 Mio. € auf rd. 16,4 Mio. € erhöht. Im Jahr 2013 trennen uns derzeit ganze 455 T€ von der

Überschreitung der 5%-Grenze und damit von der Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Das ist eine Gratwanderung vor dem Abgrund.

Die Neubewertung des Straßennetzes führt praktisch zu einer Höherbewertung des Wertes der Stadtwerke in der Eröffnungsbilanz der Stadt im Vergleich zum HGB-Abschluss der Stadtwerke. Die Stadtwerke werden aber planmäßig nur den Verlustausgleich von der Stadt auf der Grundlage ihres HGB-Abschlusses bekommen. Damit wird der Beteiligungswert der Stadtwerke im Jahresabschluss der Stadt mittelfristig sinken. Eine u. U. erforderliche Neubewertung der Stadtwerke im Rahmen der Bilanz der Stadt könnte daher, wenn sich bei den Stadtwerken keine gegenläufigen Entwicklungen ergeben, in den nächsten Jahren wieder zu einer Verringerung des Beteiligungsvermögens führen. Die Konsequenz wären dann Sonderabschreibungen, die dann den jeweiligen Haushalt wiederum belasten würden.

Ich hätte gern dieses Risiko vermieden.

Bei den Stadtwerken wird dieses Vorgehen dazu führen, dass parallel zwei Anlagevermögensbuchhaltungen geführt werden müssen. Allein daher hätte ich gerne diesen Aufwand vermieden.

Die Auseinandersetzung mit der Gemeindeprüfungsanstalt wäre allerdings langwierig geworden. Außerdem verschafft uns allen diese Neubewertung etwas mehr Zeit für den grundlegenden Konsolidierungskurs. Deshalb habe ich mich in Abstimmung auch mit unserem Rechnungsprüfungsamt für diesen Weg entschieden, muss Sie aber auf die hieraus für die nächsten Haushalte resultierenden Risiken hinweisen.

Erste Entwicklungen zu dieser Thematik werden Sie dem konsolidierten Gesamtabschluss zum 31.12.2010 entnehmen können. In diesem werden dann alle stillen Reserven und Lasten aufgedeckt. Diesen Abschluss werden Sie dann im Jahr 2011 neben dem Haushaltsplan 2011 und dem Jahresabschluss der Stadt zusätzlich zu bewerten haben.

Bürgerhaushalt: Information, Transparenz und Partizipation

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates,

gerade mit den letzten Ausführungen habe ich Ihnen eine abstrakte und schwierige „Kost“ zugemutet. Die Komplexität des Haushaltsrechts hat nach NKF-Vorgaben erheblich zugenommen.

Ob es uns gelingen wird, diese Komplexität den Bürgerinnen und Bürgern von Hürth zu vermitteln, weiß ich nicht. Aber wir werden es versuchen.

Wir werden, wie vom Herrn Bürgermeister bereits in seiner Rede angekündigt, morgen einen Bürgerhaushalt frei schalten.

Wir verfolgen damit folgende Ziele:

Information über die mehr als angespannte Haushaltssituation der Stadt insgesamt,
Transparenz des Haushalts durch Darstellung der Erträge und Aufwendungen und letztendlich der Zuschussbedarfe bzw. Defizite für alle Produktbereiche und somit des gesamten Haushalts,
Wecken von Verständnis und Akzeptanz für den eingeschlagenen Konsolidierungskurs insgesamt und für Einsparvorschläge in einzelnen Produktbereichen im Detail, vornehmlich in den Bereichen „Kultur und Wissenschaft“, „Sportförderung“ und „Wirtschaft und Tourismus“,
Möglichkeit, weitere oder andere Einsparvorschläge aus der Bevölkerung zu erhalten.

Ab morgen wird der Bürgerhaushalt der Stadt Hürth im Internet frei geschaltet unter der Adresse:

www.huerth-buergerhaushalt.de

Dort wird man nach entsprechendem Einloggen:

einen Überblick über den gesamten Haushalt erhalten können,
sagen können, wo man u. U. weitere Einsparungen vornehmen oder wo man gar nicht sparen will,
einzelne Einsparvorschläge bewerten können.

Es wird auch die Möglichkeit für allgemeine Kommentare und Vorschläge geben.

Und es wird ein Forum geben, wo Bürgerinnen und Bürger mit einander über den Haushalt diskutieren können.

Wir werden hierbei unterstützt von dem Unternehmen unseres Hürther Wirtschaftsprästrägers, der mittlerweile aus Hürth weltweit agierenden Globalpark AG in Hürth-Efferen.

Neben dieser Internet-basierten Kommunikationsmöglichkeit werden im Rathaus vergleichbare Fragebögen ausgelegt.

Zusätzlich wird am 18.02.2010 im Bürgerhaus eine öffentliche Informationsveranstaltung zum Bürgerhaushalt Hürth stattfinden.

Ihnen meine Damen und Herren des Rates wird dieses Verfahren in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 10.02.2010 ausführlich vom Team der Globalpark AG vorgestellt werden.

Der Bürgerhaushalt Hürth ist ein erster Versuch, die Bürgerschaft stärker als bisher in die Haushaltsplanung einzubeziehen, auch für Ihre Beratungen meine Damen und Herren des Rates.

Mit ersten Ergebnissen rechnen wir Anfang März, pünktlich zu Ihren Klausurtagungen Mitte März. Wir sind gespannt.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren des Rates,

dies ist der schwierigste Haushalt, inhaltlich und verfahrens-technisch, den ich bisher aufgestellt habe.

Ich danke hierfür ganz herzlich namentlich Herrn Müller, Herrn Schnitzler, Herrn Dederichs und auch Herrn Klose in der Kämmerei, Frau Seibert als meiner Vertreterin bei den Stadtwerken, den Amtsleitungen der Stadtverwaltung und den Abteilungsleitungen bei den Stadtwerken, meinen Dezernentenkollegen und natürlich vor allem auch Ihnen Herr Bürgermeister für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Es ist für mich wirklich nicht leicht zu sehen, wie uns unverschuldet Einnahmen weg brechen, wie zusätzliche Belastungen auf uns zu kommen, wie wir auf unser angespartes Vermögen zurückgreifen müssen, nur um das tägliche Leben zu bestreiten, dass wir gleichzeitig auf die Unterstützung anderer angewiesen sind, dass wir letztendlich kaum Aussicht auf kurzfristige Verbesserungen haben können, dass man von uns aber dennoch erwartet, dass wir uns mit Mut, Engagement und Ideen doch immer wieder jeden Tag selbst bemühen, uns selbst aus dem Sumpf der Ausweglosigkeit und der Schuldenfalle herauszuziehen.

Ich weiß, jeder Vergleich hinkt. Aber von uns als Verantwortliche der Stadt wird jetzt nicht mehr und nicht weniger erwartet, als das, was man von jedem Bürger erwartet, der seinen Arbeitsplatz verliert, der aber seine Familie ernähren muss, der dafür an seine Ersparnisse gehen muss und der seinen Kindern aber dennoch eine gute Perspektive bieten und nicht nur seine Schulden hinterlassen will.

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und hoffe auf mutige Haushaltsberatungen.

Sie werden meine offenen Ohren und Augen finden, wenn es darum geht, die Haushaltssicherung zu vermeiden und den Haushalt unter Beachtung einer sozialen Balance zu konsolidieren. Das war das gemeinsame Bemühen des Bürgermeisters und von mir bei der Aufstellung des Haushalts und das wird auch mein „roter Faden“ bei den Beratungen sein.